

Rede zur Montagsdemo am 29.06.2015

Guten Abend liebe Mitstreiter.

Mein Name ist Wolfgang Trautwein. Ich komme aus Gustavsburg, der Stadt, die FRAPORT mittlerweile mit dem Lärm und Dreck von Landung, Start und Südumfliegung foltert und uns damit in die 3-fache Lärmzange nimmt.

Ich bin Mitglied der Bürgerinitiative Mainspitze. Viele kennen mich als regelmäßigen Teilnehmer der Montagsdemo und Heute habe ich den Fotoapparat gegen das Mikrofon getauscht. Meine Frau Christina wird anschließend ihr Anliegen musikalisch zu Gehör bringen und wir hoffen ihr seid auch dabei.

Als am 22.10.2011 der Fluglärmterror um 4:30 Uhr über uns hereinbrach und die Flieger, gefühlt, mitten durch unser Schlafzimmer flogen, wähten wir uns im falschen Film. „Das müsse ein Irrtum sein, so etwas kann man doch Menschen nicht antun“, dachten wir entsetzt.

Unsere 90-jährige Mutter, die uns immer gerne besucht hat, brachte den 18-stündigen Horror, Tiefflug im Minutentakt direkt über unser Haus und Garten, auf den Punkt.

„Bei Euch ist es wie im Krieg“. Seitdem kommt sie nicht mehr.

Unsere kleinen Enkel duckten sich ängstlich im Sandkasten und weinten. Mittags und abends konnten sie nicht einschlafen und weinten wieder.

Parallel mit dem Anwachsen des Gefühls der Hilflosigkeit und Ohnmacht, wurde uns langsam klar: Die machen das einfach - das hört von allein nicht wieder auf.

Und das perfide an der ganzen Sache ist, dass sowohl FRAPORT als auch die Politiker (Koch, Bouffier, Posch und Konsorten) genau wussten, welchen Kübel von Lärm und Dreck sie da über das Rhein-Main-Gebiet ausschütten würden. (Die Planfeststellungsbehörde hatte ja auf die Raumunverträglichkeit dieses Ausbaues hingewiesen und wurde mundtot gemacht.) Nicht umsonst sprach der damalige MP Koch von „Sonderopfern“. Jetzt wussten wir, damit waren wir gemeint.

Für uns wurde klar, das dürfen wir uns nicht bieten lassen – dagegen müssen wir uns wehren.

Seit dreieinhalb Jahren kämpfen wir nunmehr deutlich sichtbar und hörbar in Form unserer Montagsdemos und Mahnwachen gemeinsam gegen den Ausbau des Flughafens und die damit verbundene Lärmbelastung und Umweltzerstörung. Wir haben in dieser Zeit sehr viele Gleichgesinnte getroffen und neue Freunde gewonnen.

Aber wir haben in dieser Zeit auch etwas sehr wichtiges verloren, nämlich unser Vertrauen in die Politiker und in die Rechtsprechung dieses Landes.

„Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch“, so oder ähnlich hat Frau Merkel die Maxime Ihrer Politik definiert. Nun Frau Merkel, es wird Zeit, dass Sie und die CDU geführte Regierung endlich damit anfangen diesen Vorsatz umzusetzen.

Bis zur Regierung in Hessen, scheint dieser Grundsatz noch nicht durchgedrungen zu sein oder, wie eher anzunehmen ist, er wird hartnäckig ignoriert.

In diesem, unseren Bundesland gilt nach wie vor: Im Mittelpunkt aller politischen Entscheidungen, die maßgeblich von den Wirtschaftslobbyisten gesteuert werden, steht das Großkapital und insbesondere FRAPORT.

Gestützt von dem Totschlagargument „Jobmaschine und Arbeitsplätze“ und immer nach dem zweifelhaften Motto: „Gut ist, was der Wirtschaft nutzt“.

Die Geschichte des jüngsten Ausbaues, bis zum heutigen Tag, spricht eine eindeutige Sprache.

Vom ersten Tag an wurde getrickst, gelogen, gefälscht, getäuscht und Gesetze mit der

Macht der politischen Mehrheit von CDU und FDP so geändert, dass dieser umweltzerstörerische Ausbau überhaupt erst möglich wurde.

- Da wurden Landesentwicklungspläne und Bannwaldgesetze geändert.
- Da wurde die Farce einer Mediation durchgezogen, deren Ergebnis von vornherein feststand.
- Da wurde ein Nachtflugverbot versprochen und im gleichen Atemzug dagegen geklagt.
- Da wurden Gefälligkeitsgutachten erstellt, die so falsch und gefällig waren, dass es jeden ehrlichen Wissenschaftler graust.

Und all diese Schweinereien wurden wohlwollend von den Verwaltungsgerichten in Kassel und Leipzig begleitet und abgesegnet.

Ich frage Euch: Kann man unter diesen Umständen noch Vertrauen in diese Politiker und diese Justiz haben?

Die hessischen Größen aus Politik und Wirtschaft und teilweise auch anderen Bereichen der Gesellschaft stehen mit tiefer Loyalität zu Fraport. Gäbe es ein archäologisches Gutachten mit der Aussage, dass es schon vor 2000 Jahren in Frankfurt einen Flugplatz gegeben hat, die würden es ehrfürchtig glauben.

Der Frankfurter Flughafen ist ein Innenstadt-Flughafen und er ist nicht nur politisch und ökologisch längst außer Kontrolle geraten!

Man muss den Eindruck gewinnen, dass die Bezüge eines Herrn Schulte proportional mit der Anzahl der Start- und Landebahnen, der Anzahl Terminals und der vernichteten Hektar Waldfläche wachsen. Nur so wäre diese Raubbau zu erklären.

FRAPORT gebärdet sich wie ein frühkapitalistisches Unternehmen aus der Kolonialzeit, aus der Zeit des Manchester-Kapitalismus.

Nur in der heutigen Zeit geht das subtiler von statten, als „Landraub aus der Luft“ (Claus Folger, 4-Teiler) mit der Unterstützung gewissenloser Politiker und willfähriger Richter.

Wir wollen, dass wir wieder ein selbstbestimmtes Leben führen können und uns nicht den Auswirkungen der Profitmaximierung von FRAPORT unterwerfen müssen.

Und was macht FRAPORT? Schulte wiegelt ab, wie immer.

Ihr kennt sicher den Satz: „Wir nehmen Ihr Anliegen ernst und das folgende blah, blah, blah“. In einem Zeitungsinterview der FNP verstieg er sich zu der Behauptung: „In Summe nehmen die Proteste aber ab“.

Wie bitte - das wünscht er sich wohl.

143 Montagsdemos und über 30 Mahnwachen sprechen eine klare Sprache, genauso, wie die Anzahl der Beschwerden, die über den DFLD eingereicht wurden und werden.

Während 2011, im Jahre der Eröffnung der fehlgeplanten NW-Bahn, rund 1,1 Mio Beschwerden abgegeben wurden, waren es im vorigen Jahr bereits 3,2 Mio und wenn der Trend so weitergeht, werden es in diesem Jahr ca. 4,3 Mio sein.

Und hier noch ein Beispiel, wie verlogen Herr Schulte ist, wenn er sagt „er nehme die Sorgen der Bürger ernst“.

Herr Schulte ist stolz darauf, dass Fraport 15 Millionen € für Schallschutzmaßnahmen ausgeben will, das Aufkaufprogramm, also die Vertreibungsprämie, mal nicht eingerechnet. Der deutlich kleinere Flughafen Zürich gibt jetzt bekannt:

„Das Bundesamt für Zivilluftfahrt hat die Flughafen Zürich AG verpflichtet, bis Ende Juni 2015 ein erweitertes Schallschutzprogramm einzureichen. Zusätzlich zu den ursprünglichen 240 Millionen Franken für Lärm- und Anwohnerschutz hat der Verwaltungsrat heute weitere Maßnahmen in der Höhe von 100 Millionen Franken verabschiedet“.

Zusammen also 340 Millionen Franken!

Der BER wird nach gerichtlicher Entscheidung ca. 750 Mio Euro für Schallschutzmaßnahmen aufwenden müssen und hat nur ein Drittel der Kapazität von Frankfurt, für einen

vergleichbaren Schallschutz in FRA müssten also ca. 2 Milliarden Euro aufgewendet werden. So also nimmt Herr Schulte die Sorgen der Bürger ernst. Das ist mehr als erbärmlich. Herr Schulte wir können Ihnen versprechen, die Proteste werden solange nicht geringer werden, bis Ihr Ausbaugrößenwahn ein Ende hat.

Und was machen unsere Volksverräter – sorry, ich meinte **Volksvertreter**?

Sie tun entweder gar nichts und schweigen, wie Bouffier und Schäfer-Gümbel oder zeigen rege Betriebsamkeit, wie TAW und versuchen die Betroffenen mit politischen Manövern, wie den „Lärmpausen“, für dumm zu verkaufen.

Dass die Lärmpausen eine Mogelpackung und einzig und allein eine Lärmverschiebung sind, pfeifen inzwischen die Spatzen von den Dächern (solange sie nicht von Wirbelschleppen heruntergefegt werden).

Da hilft es auch nicht, wenn TAW verkündet, dass sich die Lärmpausen „als praktikabel erwiesen haben“. Diese "Lärmverschieberegulung" ist doch nur „praktikabel“, weil die Entwicklung der Anzahl der Flugbewegungen weit geringer als im PFB angenommen und sogar rückläufig ist und die 4 Bahnen damit in ihrer Gesamtkapazität eigentlich gar nicht benötigt werden, was wir ja schon immer wussten. Und „praktikabel“ sagt nichts, aber auch gar nichts über eine Lärmreduzierung aus, es gibt nämlich keine.

Nur die FLK hat es nicht gemerkt, sie gibt lieber ein „Neutralvotum“ ab, was immer das auch sein soll. Vielleicht sollte man mal einen Erfahrungsaustausch mit der FLK in Düsseldorf machen, die hat kürzlich eine Kapazitätserweiterung des Flughafens eindeutig abgelehnt.

Und das Sahnehäubchen auf dem Lärmpausen-Kasperle-Theater ist die Presseerklärung des CDU-Marktschreiers Boddenberg. Wenn Menschen, die von der „Verlärnungsrealität“ im Rhein-Main-Gebiet keine Ahnung haben, diese lesen, glauben die glatt, hier wäre es, mit Einführung der Lärmpausen, genau so leise wie im Allgäu.

Aber auch das ist Kalkül einer PR-gesteuerten Verdummungspolitik. Jemand, der nicht hier lebt, glaubt das sogar.

Wer schützt uns eigentlich vor solchen Schwätzern? (ich habe gehört Boddenberg will Bouffier als MP beerben, na dann gute Nacht)

Aber, liebe Freunde, nicht verzagen, TAW hat noch einen Knaller im Arsenal.

Die Lärmobergrenzen, zu denen er im Sommer nächsten Jahres einen Vorschlag machen will.

Man fragt sich, wieso erst nächstes Jahr, wenn doch bereits in der Mediation festgeschrieben war, das die Lärmobergrenzen untrennbar mit dem Ausbau verbunden sein müssen.

Mit FRAPORT kann er dabei allerdings nicht rechnen.

Originalton Schulte:

„Eine Lärmobergrenze kann nur – wenn überhaupt – im Einklang mit dem geltenden Planfeststellungsbeschluss festgelegt werden. Natürlich stehen wir den Plänen kritisch gegenüber“.

Ergo, es wird ausgehen wie beim Terminal 3, FRAPORT führt die Landesregierung am Nasenring durch die Manege.

Die wichtigere Frage ist allerdings, können uns Lärmobergrenzen überhaupt entlasten?

Wenn es nach Herrn Wörner, Chef des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt, geht, der bereits in der Mediation eine fragwürdige Rolle gespielt hat, ist das ganz einfach.

Hier seine Ansichten. Achtung, jetzt wird es skurril.

“Der Lärm kann deutlich geringer werden, selbst wenn der Flugverkehr wächst“. Eine Begrenzung der Flugbewegungen bringe dagegen nichts, denn sie sage nichts aus über die Lautstärke der Maschinen. **Basis für einen Lärmdeckel sollte nach seiner Auffassung**

die im Planfeststellungsbeschluss prognostizierte Zahl der Flugbewegungen für 2020 sein, nämlich 701.000 Starts und Landungen.

Das war doch ein echter Schulte – oder?

Aber es kommt noch besser, der Mann ist schließlich Professor.

Nach dem "Frankfurter Fluglärm Index", der das subjektive Lärmempfinden berücksichtigt (also nicht ausschließlich die Messwerte), seien derzeit etwa 110.000 Menschen rund um den Flughafen hoch belastet, träfen die Prognosen ein, wären es 2020 rund 140.000.

Na also, was sind schon 30.000 mehr. Soviel sterben doch eh früher wegen des Lärms.

Weiter im Wörner Jargon: "Wir müssen die Zahl der hoch Belasteten begrenzen und Lärmobergrenzen einführen". Es sei unerheblich, ob das mit einem Vertrag, einem Gesetz oder freiwilligen Vereinbarungen geschehe.

Da kann man nur den Kopf schütteln, mit freiwilligen Vereinbarungen, wenn zum Durchpeitschen des Ausbaus sogar Gesetze verbogen und missachtet wurden.

Aber Prof. Wörner kann Euch beruhigen, mit folgender wissenschaftlichen These:

Es gebe noch viel technisches Potenzial für leisere Maschinen. Auch bei An- und Abflugverfahren und den Flugrouten seien Verbesserungen möglich. Wachstum sei dann über 2020 hinaus ohne mehr Lärmbelastung möglich.

Ja, ihr habt richtig gehört, der Mann ist Professor.

Dem guten Mann scheint entgangen zu sein, dass laut DFLD in einigen Bereichen des RMG bereits heute die Lärmwerte gemessen werden, die erst für 2020, bei 701.000

Flugbewegungen, prognostiziert waren.

Das Statement von Flughafenplaner Dieter Faulenbach da Costa scheint mir dann doch wesentlich realistischer und schlüssiger zu sein. In einer 10 Punkte Analyse zur Einführung einer möglichen Lärmobergrenze am Flughafen Frankfurt stellt er im Punkt 10 klar:

Mit dem bestehenden Flughafenlayout in FRA sind wirksame Lärmobergrenzen nur mit weniger als 250.000 Flugbewegungen pro Jahr möglich.

Schau an 250.000. Da müssen wir ja höllisch aufpassen, dass wir mit unserer Forderung nach einer Begrenzung der Flugbewegungen auf 380.000 dem lieben Tarek nicht das Argument liefern, er könne damit keine Lärmobergrenzen einführen. Ich denke, wir sind so flexibel auch eine Begrenzung auf 250.000 zu akzeptieren, damit der Verkehrsminister sein Erfolgserlebnis bekommt.

Damit ist glasklar, eine Lärmreduzierung wird es nur mit einer Begrenzung der Anzahl der Flugbewegungen geben. Man darf gespannt sein, welche Rolle die FLK dieses Mal spielt.

Herr Al-Wazir, hören Sie auf, Nebelkerzen zu zünden und sinnlose Versuchsballons zu starten, um PR-wirksam Lärmbekämpfung vorzutäuschen.

Werden Sie endlich Ihrer Fürsorgepflicht, zu der Sie durch Ihr politisches Mandat gegenüber den Bewohnern im RMG verpflichtet sind, gerecht und unternehmen Sie sofort etwas gegen diesen Lärmterror.

- Als erstes fordern wir ein echtes Nachtflugverbot in der gesetzlichen Nacht von 22:00 bis 6:00 Uhr ohne permanente, durch Ihr Ministerium genehmigte, Ausnahmen.
- Zweitens fordern wir eine Lärmbegrenzung durch die wirksamste aller Maßnahmen, durch die Begrenzung der Anzahl der Flugbewegungen auf 380.000 oder darunter.
- Drittens fordern wir den Baustopp des Shopping-Centers Terminal 3, sowie die Schließung und den Rückbau der NW-Landebahn.

Und hören Sie auf, uns zu erzählen, Ihnen seien rechtlich die Hände gebunden, da alles höchststrichterlich entschieden sei.

Politiker verwenden immer dann die Phrase „höchststrichterlich entschieden“, wenn sie sich vor ihrer Verantwortung drücken wollen.

Dass die Richter (in den meisten Fällen) ihre Urteile auf der Basis von Gesetzen fällen, die gerade die Politiker (mit Hilfe der Wirtschaftslobbyisten) gemacht haben, blenden sie

tunlichst aus.

Wie schnell opportunistische Politiker bereit und in der Lage sind Gesetze zu ändern, hat sich gezeigt, als es darum ging, den Weg für diesen umweltzerstörerischen Ausbau zu ebnen.

Herr Verkehrsminister, handeln Sie im Sinne der Betroffenen und zeigen Sie FRAPORT, dass die Landesregierung in Hessen das Sagen hat und nicht ein Wirtschaftsunternehmen, das bereit ist für seinen Profit über Leichen zu gehen.

Starten Sie endlich eine Gesetzesinitiative zur Neufassung eines Fluglärmsgesetzes, dass die Menschen schützt.

Sorgen Sie dafür, dass die im Fluglärmsgesetz enthaltenen Sonderregelungen für FRAPORT verschwinden.

Was das RMG braucht ist ein Flughafen, der die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen dieser Region befriedigt. Ein Flughafen der seine Grenzen kennt und auf seine Umwelt und die hier lebenden Menschen Rücksicht nimmt. Wir brauchen kein Umsteige-Hub-Monster und keine FRAPORT AG mit einem Geschäftsmodell, dass sich an den Zahlen der Einzelhandelsumsätze berauscht, die mit Hilfe von immer mehr Umsteigern und Transitpassagieren erreicht werden sollen.

Wir geben erst Ruhe, wenn wieder Ruhe ist.